

habe erklärt, „daß von einem Zuschuß“ der Neuen Heimat an „Grundmann nicht die Rede sein könne“.

Seit dieser „beispiellosen Fernlenkung aus Köln“, wie ein leitender Redakteur von ARD aktuell den Vorgang umschreibt, hat das Erste Programm intern ein neues Tagesthema: den Fall Loch.

BROKDORF

Bedrohliche Umarmung

Hamburgs neuer Kernkraftkurs: sowohl als auch. Dohnanyi und die SPD wollen Brokdorf bauen und zugleich den Atomstrom überflüssig machen.

Vierzehnmals hatten die hohen Herren aus Politik und Wirtschaft über das künftige Energiekonzept für Hamburg verhandelt. Dann, am Dienstag vergangener Woche, verkündeten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) und Hans Werner Oberlack, Vorstandschef der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW), einen Doppelbeschuß:

- ▷ Hamburg und die HEW bauen weiter am Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe mit, um von 1987 an, so die Planung, Atomstrom aus dem 1300-Megawatt-Reaktor beziehen zu können.
- ▷ Hamburg und die HEW errichten aber auch mehrere Kohle-Kraftwerke in der Hansestadt (die nach dem Prinzip der Wärme-Kraft-Kopplung 330 000 Wohnungen beheizen sollen), um diesen Atomstrom überflüssig und den Ausstieg aus Brokdorf möglich zu machen.

Der Bürgermeister feierte das „spektakuläre Verhandlungsergebnis“ mit den HEW als „klassischen Reformbeschuß“, den „so niemand für möglich gehalten hat“ – wohl auch deshalb, weil ihn so kaum einer hatte haben wollen.

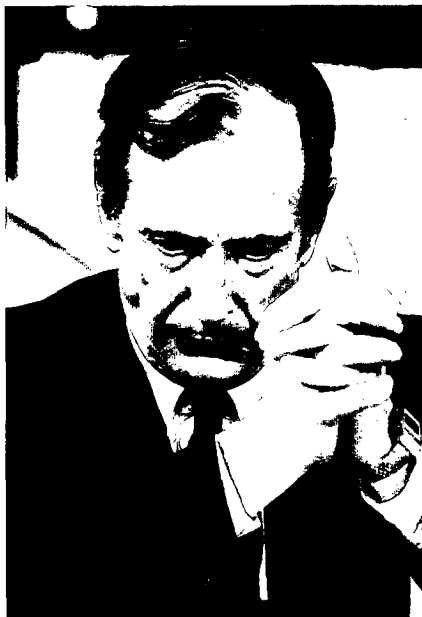
Die HEW wollten die Kohle-Kraftwerke nicht, weil das Unternehmen seit Jahren den Ausbau der Kernenergie rigoros vorantreibt und mit Brokdorf den täglichen Strombedarf Hamburgs zu über 70 Prozent aus Atommeilern decken könnte. Atomstrom-Anteil im Bundesgebiet: 14 Prozent.

Die Mehrheit der Hamburger SPD, und mit ihr die meisten Sozialdemokraten der norddeutschen Bundesländer, wollte Brokdorf nicht, weil sie die hohe Abhängigkeit vom Kernbrennstoff Uran ablehnt und dafür auf Energieeinsparung und den Einsatz von Kohle setzt.

Dank Dohnanyi hat Hamburg wohl bald beides – Strom aus den Kernkraftwerken Stade, Brunsbüttel, Krümmel (von 1983 an) und Brokdorf sowie Energie aus neuen Kohle-Kraftwerken. Kern des Doppelbeschlusses: Es wird für die Stromerzeugung Überkapazität geschaf-

fen, auf die man dann, durch den Ausstieg aus Brokdorf, verzichten kann.

Die „ganz klare Lösung“ des Bürgermeisters hat das eigene und das gegnerische Lager verwirrt. Die Entscheidung, ob nun mit dem Ausstieg aus Brokdorf begonnen oder an dem Projekt festgehalten wird, ist wieder einmal nur verlagert. Und keineswegs war nach Verkündung des Beschlusses klar, ob es nun ein „Einstieg in den Ausstieg“ geworden ist, wie der Hamburger SPD-Vorsitzende Jörg König interpretierte, oder ein „Ausstieg aus dem Ausstieg“, wie „Die



Hamburgs Bürgermeister Dohnanyi
„Dieses Verhandlungsergebnis ...

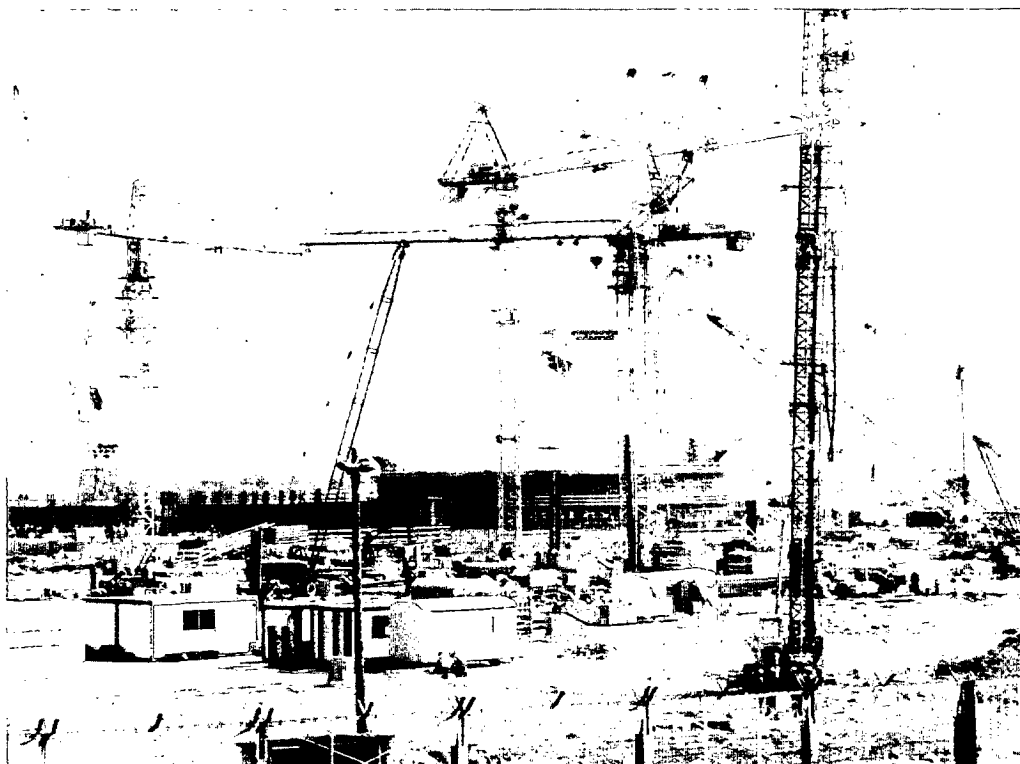
Welt“ kommentierte. Eines zumindest hoffen die Hamburger Spitzen-Sozis und die Manager des Stromkonzerns mit dem Kompromiß erreicht zu haben: eine Entschärfung des emotionsgeladenen Politik-Konflikts, der seit Jahren Befürworter und Gegner der Kernkraft trennt und für die SPD zum Sprengsatz geriet.

Doch der mit taktischem Geschick gewählte „dritte Ausgang“ („Süddeutsche Zeitung“) könnte auch das Gegenteil bewirken. Schlagzeile in Springers „Hamburger Abendblatt“: „Brokdorf – SPD wieder zerstritten“.

Denn wie keine Kernkraftanlage sonst stand Brokdorf, seit dem Baubeginn 1976, im Mittelpunkt ungezählter Demonstrationen und gewalttätiger Auseinandersetzungen, war das Großbauprojekt Gegenstand juristischen Zanks und politischen Streits. Befürworter und Gegner erhoben die Atom-Anlage in der Wilster Marsch zum Symbol pro und contra Nutzung der Kernenergie.

Gestritten wurde an verkehrten Fronten: Norddeutsche Sozial- und Freidemokraten standen gegen die Kernkraftbefürworter in der Kieler CDU-Landesregierung und in der Bonner sozialliberalen Koalition, angeführt von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Wirtschaftsminister Otto „Graf Brokdorf“. Einzelgewerkschaften votierten für und gegen den Meiler, und der Atomlobby aus Wirtschaft und Industrie schien nahezu jedes Mittel recht, Brokdorf eine strahlende Zukunft zu besorgen.

Die Politik verzeichnete prominente Opfer im atomaren Konflikt: Schleswig-Holsteins SPD-Oppositionsführer Klaus



... hat niemand für möglich gehalten“: **Kernkraftwerk-Baustelle Brokdorf**

Matthiesen verzichtete auf die Spitzenkandidatur für den Landtagswahlkampf 1983 in Schleswig-Holstein, weil Kanzler Schmidt den Pro-Brokdorf-Kurs der Kieler CDU-Regierung offen förderte. Dohnanyi-Vorgänger Hans-Ulrich Klose trat vor elf Monaten als Bürgermeister zurück, weil ihm der Hamburger SPD-Landesvorstand und die SPD-Bürgerchaftsfraktion entgegen Beschlüssen von Parteitag und Senat die Gefolgschaft gegen Brokdorf versagten.

Einen besonderen Part übernahmen die HEW, die Vereinigung der Stromfirmen und die Kernkraftindustrie im Rücken. Das Monopol-Unternehmen weigerte sich strikt, die von seinem Mehrheitsaktionär* beschlossene Politik (Ausstieg aus Brokdorf) umzusetzen.

Vorstand und Aufsichtsrat, in dem sich rechte Genossen mit Vertretern der CDU, der Energiewirtschaft und der HEW-Belegschaft für Brokdorf gemein machten, bestimmten Art und Ausmaß der Hamburger Energiepolitik. Und dieser Atomfilz über Hamburg hat schon bisher dazu geführt, daß die HEW, trotz oder wegen ihres hohen Kernenergie-Anteils, von den 50 wichtigsten westdeutschen Elektrizitätswerken die zweit-höchsten Strompreise hat.

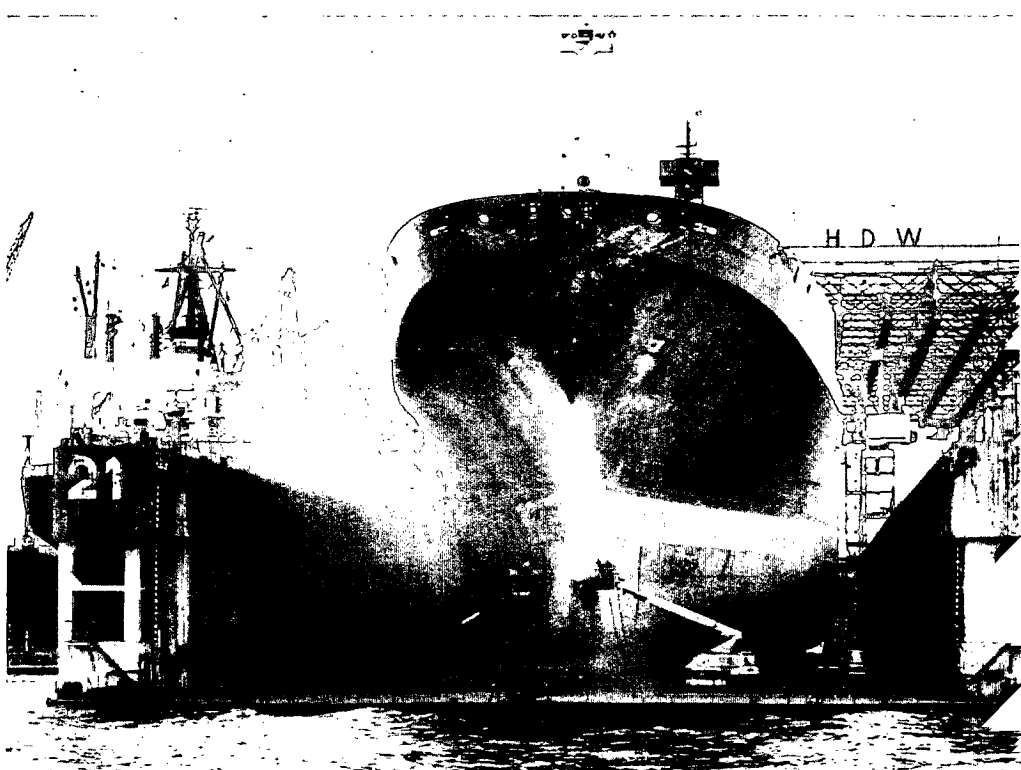
So bedeutet es schon eine Kurskorrektur, daß Dohnanyi durch geschickte Verhandlungsart die HEW in „bedrohlicher Umarmung“ verpflichtete, neue Kohle-Kraftwerke zu errichten und den Ausbau der Fernwärme (von 195 000 auf 330 000 Wohneinheiten) voranzutreiben. Die vorhandenen Kohle-Kraftwerke der HEW sind ohnehin über kurz oder lang erneuerungsbedürftig und pusteten aus ihren Schloten tonnenweise Staub und Schwefelgase in die Luft.

Mit der vorgesehenen Wärme-Kraft-Kopplung erfüllen die neuen Kraftwerke gleich mehrere energie-, umwelt- und arbeitsmarktpolitische Ziele: Der eingesetzte Brennstoff wird zu einem weit höheren Grad genutzt als bei reiner Stromerzeugung. Abwärme heizt nicht mehr die Luft oder die Elbe auf, sondern Wohnungen. Die Hamburger Luft wird wenigstens ein bißchen sauberer, weil moderne Filter die Emissionen mindern und Tausende Einzelfeuerungsanlagen überflüssig werden; zudem verspricht der Kraftwerk- und Fernwärmebau in den nächsten Jahren rund 1500 Arbeitsplätze.

Ob freilich das Energiekonzept so durchzusetzen sein wird, wie es beschlossen wurde, bezweifeln sogar sozialdemokratische Rathaus-Politiker: „Wer's glaubt, wird selig.“

Die Brokdorf-Beteiligung kostet die HEW voraussichtlich 2,5 Milliarden Mark, das Kohle-Fernwärme-Programm mindestens drei Milliarden, und der Widerstand gegen neue Kohle-Kraftwerke wächst in den betroffenen Stadtteilen.

* 72 Prozent der HEW-Aktien hält Hamburg. Der Rest, darunter 6000 HEW-Belegschaftsaktien, verteilt sich auf 30 000 Privataktionäre.



Howaldtswerke in Hamburg: Im letzten Geschäftsjahr 150 Millionen Mark Verlust

„Wie sollen wir jetzt noch, nach dem Brokdorf-Beschluß, Bürgern klarmachen, daß sie vor ihrer Haustür ein Kohle-Kraftwerk hinnehmen müssen“, resignierte ein hoher Hamburger Genosse. Und gewiß nicht hilfreich ist die Entscheidung für Teile der SPD-Basis, die wenige Wochen vor der Hamburger Bürgerschaftswahl am 6. Juni Dohnanys Brokdorf-Konzept den Bürgern verkären sollen.

Im jüngst von der SPD gedruckten Wahlprogramm wird noch die Abkehr von Brokdorf ohne Wenn und Aber begründet, nun verläuft die Linie eher so, wie sie der SPD-Vorsitzende Willy Brandt als Energie-Richtlinie vorgegeben hat: ein „entschiedenes Sowohl-als-Auch“.

WERFTEN

Muß gehen

Norbert Henke verläßt den größten deutschen Schiffsbaubetrieb, die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG. Die Aufsichtsräte lasten dem Vorstandschef Managementfehler an.

Sechs Stunden schon tagte der Aufsichtsrat der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) im Hamburger Hotel Atlantic, da reichte ein Page ein Fernschreiben in den Konferenzsaal.

Ratsvorsitzender Ernst Pieper, im Hauptberuf Chef des bundeseigenen Salzgitter-Konzerns, verlas der Runde den Text der Depesche: „Es reicht“,

hieß es da, „jetzt müssen endlich Konsequenzen aus der unzureichenden Planung, dem Verantwortungswirrwarr und dem Mißmanagement gezogen werden. Verantwortlich hierfür ist allein der Vorstand.“

Die Absender des Fernschreibens waren IG-Metall-Vertrauensleute aus den Kieler Docks der Werft. Sie hatten den Zeitpunkt genau abgepaßt: Der Kontrollrat der größten deutschen Werft saß beisammen, um über die vorzeitige Vertragsauflösung des Vorstandsvorsitzenden Norbert Henke zu entscheiden.

Der HDW-Chef hatte vor Wochen um seine Entlassung gebeten. Nach acht Jahren an der Spitze von HDW wollte er, so wurde bekannt, neuer Chef der kleineren Bremer Vulkan-Werft werden.

Im letzten Moment, allerdings, hatte Henke seine Aufseher wissen lassen, daß er doch lieber bleiben würde – aber nur dann, wenn die Aufsichtsräte ihm das Vertrauen aussprechen würden.

Henke hat es nicht mehr. Als nach der neunstündigen Marathon-Sitzung im Deutschen Zimmer des Atlantic der Aufsichtsratsvorsitzende Pieper zur Abstimmung aufrief, entschied die Runde im Sinne der Fernschreiber aus Kiel. Henke muß gehen.

Dem 57jährigen Manager lasten Aufsichtsrat und Belegschaft die Hauptschuld für den Niedergang des Unternehmens an.

Die Traditionswerft mit Docks in Kiel und Hamburg, die mehrheitlich dem bundeseigenen Stahlkonzern Salzgitter gehört und rund 12 000 Menschen beschäftigt, steckt in einer schweren Krise; allein im letzten Geschäftsjahr hat die